

# Von 770.000 Unterschriften noch weit entfernt

Weil das angestrebte Volksbegehren „Landtag verkleinern“ zu scheitern droht, steht die Landes-FDP der Initiative zur Seite

Von Ulrike Bauerlein



Gegen eine Aufblähung des Landtags von Baden-Württemberg richtet sich eine Initiative. Hintergrund ist das neue Landtagswahlrecht im Südwesten ab 2026. Foto: Bernd Webrod/dpa

**Stuttgart.** Die Unterschriftensammlung für das derzeit laufende Volksbegehren „Landtag verkleinern“, das ein deutliches Ansteigen der Abgeordnetenzahl im baden-württembergischen Landtag ab 2026 noch verhindern will, läuft so schleppend, dass den Initiator beinahe den Mut verlässt. „Wenn die Beteiligung nicht exponentiell nach oben geht, wird es wohl nicht gelingen“, sagte Dieter Distler am Donnerstag. Nahezu täglich erreichen ihn und seine Initiative Meldungen von Bürgern, die Probleme damit

haben, ihre Unterschriften bei den Rathäusern abzugeben. Etwas über 21.000 Unterschriften waren es laut Innenministerium bis Ende Oktober, nötig wären 770.000.

„Wenn die Beteiligung nicht exponentiell nach oben geht, wird es wohl nicht gelingen.“

### **Dieter Distler, Initiator des Volksbegehrens**

Am Samstag haben der 81-Jährige aus Bietigheim-Bissingen und seine Unterstützer nun Mitstreiter aus der Politik an ihrer Seite: Die baden-württembergische FDP, die ebenfalls eine Vergrößerung des Landtags verhindern will und 2023 mit der Zulassung eines eigenen Volksbegehrens „XXL Landtag verhindern!“ scheiterte, hat für diesen Samstag alle Orts- und Kreisverbände im Land zu einem „Aktionstag zur Landtagsverkleinerung“ zu Unterstützung von Distlers Volksbegehren aufgerufen. An landesweit mehreren Dutzend Ständen sollen auf Marktplätzen und in Fußgängerzonen Unterschriften gesammelt werden.

Hintergrund des Volksbegehrens ist das neue Landtagswahlrecht im Südwesten, das erstmals 2026 auf eine Zwei-Stimmen-Wahl umgestellt wird. Dadurch könnte die Zahl der Landtagsabgeordneten dann je nach Wahlausgang durch Ausgleichs- und Überhangmandate deutlich anwachsen. Berechnungen des Politikwissenschaftlers Joachim Behnke von der Zeppelin Universität Friedrichshafen zufolge könnten bei einer Sollgröße von 120 Abgeordneten und derzeit bereits 154 Abgeordneten von 2026 an über 200 Parlamentarier werden.

Plenarsaal, Landtagsverwaltung sowie Bürogebäude für Abgeordnete, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wären dieser Anzahl nicht gewachsen. Auf das Land kämen daher pro Legislaturperiode bis zu 200 Millionen Euro Mehrkosten zu, wie

der Rechnungshof kalkulierte. Distlers Volksbegehren will die Zahl der Parlamentarier durch eine Verringerung der Landtagswahlkreise – und damit auch der direkt gewählten Abgeordneten – von derzeit 70 auf 38 Wahlkreise nach dem Zuschnitt der Bundestagswahlkreise beschränken. Damit sich der Landtag mit Distlers Volksbegehren befasst und es bei der Ablehnung durch den Landtag zu einer Volksabstimmung kommen könnte, sind 770.000 Unterschriften von Wahlberechtigten im Land nötig. Unterschreiben werden kann entweder bis zum 11. Dezember innerhalb der amtlichen Unterschriftensammlung auf den Rathäusern des jeweiligen Wohnorts oder im Rahmen der sogenannten „freien Sammlung“ noch bis Anfang Februar auf Formblättern, wie sie jetzt an den Infoständen beim Aktionstag ausliegen. Diese Formulare können auch auf der Internetseite [www.landtag-verkleinern.com](http://www.landtag-verkleinern.com) heruntergeladen und unterschrieben an das jeweilige Rathaus geschickt werden.

„Wir merken schon, dass unsere Sache Fahrt aufnimmt und bekannter wird, aber es ist zu wenig und geht zu langsam“, sagte Distler. Die Website der Initiative habe mittlerweile statt zu Beginn etwa 200 mittlerweile täglich über 3.000 Zugriffe. Auch die Zahl der aktiven Unterstützer sei von anfangs zehn auf mehr als 150 Mitstreiter gewachsen. „Das Thema lässt sich nicht emotionalisieren und trifft im Moment keinen Nerv“, meint der 81-Jährige, „aber wir werden kämpfen bis zum letzten Tag.“